

Die Debatte um die Polizeiliche Kriminalstatistik 2023 (PKS)

Katharina Rapp

Die Veröffentlichung der neuen Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 2023 im April 2024 führte in Medien und Gesellschaft zu kontroversen Diskussionen. Denn die Polizei hat 2023 deutlich mehr Straftaten gezählt, so viele wie seit 2016 nicht mehr. Auffällig ist die Entwicklung der Gewaltkriminalität, der Anstieg der Kinder und Jugendlichen unter den Tatverdächtigen und die Zunahme der Verdächtigen ohne deutschen Pass.

Die Diskussion umfasste verschiedene Ebenen. Zum einen wird allgemein die Aussagekraft und Validität der PKS in Frage gestellt. Naturgemäß hängt die Erfassung (oder Nicht-Erfassung) von Straftaten mit einer Vielzahl von Umständen zusammen. Dies sorgt seit Jahren regelmäßig für unterschiedliche Interpretationen. Zum anderen kam 2024 der besonders kontroverse Fokus auf das Thema Migration hinzu. Einige Positionen sahen sich aufgrund gestiegener Zahlen erhobener Straftaten durch Zugewanderte in ihrer Forderung nach einer strengeren Migrationspolitik bestätigt. Andere warnten vor voreiligen Schlussfolgerungen, wiesen auf ihrer Meinung nach verzerrte Interpretation der Zahlen hin und machten andere Gründe als die Migration für die gestiegene Gesamtkriminalität verantwortlich.

Was ist die PKS?

Die PKS wird jährlich vom Bundeskriminalamt aufgrund der übermittelten Informationen der Landeskriminalämter der jeweiligen Bundesländer erstellt und enthält alle der Polizei bekannt gewordenen Straftaten. Zudem werden Versuche, die ermittelten Tatverdächtigen und andere Daten bezüglich der Opfer oder Verdächtigen genannt.



Katharina Rapp

Wissenschaftliche Hilfskraft an der PH Schwäbisch Gmünd
am Lehrstuhl für Soziologie

Die Fälle finden erst Eingang in die Statistik, wenn die polizeilichen Ermittlungen abgeschlossen sind und die Akten an die Staatsanwaltschaft abgegeben wurden. Diese werden aufbereitet, grafisch dargestellt und kommentiert. Es werden absolute Zahlen der Tatverdächtigen und der Straftaten berichtet, aber auch relative Zahlen, die die jeweilige Häufigkeit in Vergleich mit der Einwohnerzahl oder bestimmter Gruppenangehörigen (z. B. Alter, nationale Zugehörigkeit) setzen. Durch relative Zahlen sollen zeitliche Vergleiche möglich sein.

Nicht in der PKS werden Straftaten in folgenden Bereichen aufgeführt: Staatsschutz- und Verkehrsdelikte, Ordnungswidrigkeiten, nicht-polizeiliche Delikte (wie beispielsweise Finanz- und Steuerdelikte) und Straftaten, die direkt bei der Staatsanwaltschaft gemeldet werden.

<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/faqs/DE/themen/sicherheit/pks/pks.html>

Die PKS beinhaltet Daten, die im Prozess der polizeilichen Arbeit entstehen. Sie ist nicht die einzige, wenn auch die bekannteste Kriminalstatistik. Beispielsweise zeigt die Strafverfolgungsstatistik der Staatsanwaltschaften, dass bei weitem nicht jeder Tatverdacht zu einer Verurteilung führt. Während die PKS auf den Abschluss der polizeilichen Ermittlungen abstellt und den Tatverdacht bewertet, beschreibt die Strafverfolgungsstatistik die Bewertung der Tat bei der strafgerichtlichen Entscheidung. Die beiden Statistiken sind allerdings nicht verzahnt.

https://www.bundesjustizamt.de/DE/Service/Justizstatistiken/Justizstatistiken_node.html

#AnkerDokument44140

https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Justiz-Rechtspflege/Tabellen/_tabellen-innen-strafverfolgung.html

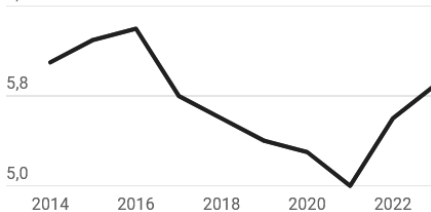
Zentrale Befunde der PKS 2023

Straftaten in Deutschland

Anzahl der registrierten Fälle. Tippen Sie auf die Linien für Details

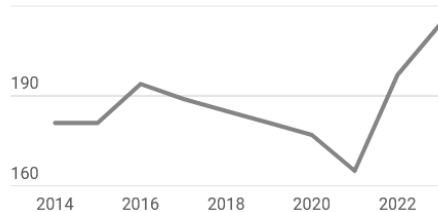
Straftaten insgesamt in Millionen

6,6 Mio.



Gewaltkriminalität in Tausend

220 Tsd.



Grafik: FR, 9.4.2024 • Quelle: dpa, Polizeiliche Kriminalstatistik • Daten herunterladen

<https://www.fr.de/politik/kriminalstatistik-2023-faeser-experte-kriminologe-deutschland-nationalitaet-innere-sicherheit-92994860.html>

In Bezug auf das Vorjahr 2022 wurden 2023 ungefähr 5,5 % mehr Straftaten erfasst. In Summe waren es im Jahr 2023 5,49 Mio. Gestiegen ist auch die Aufklärungsquote, und zwar auf 58,4 %, was einer Steigerung von 1,1 % entspricht. Gewaltkriminalität

erfuhr eine Steigerung von 8,6 %. Die Zahl nicht-deutscher Tatverdächtiger ist um 13,5 % gestiegen, wenn man ausländerrechtliche Verstöße nicht mit einbezieht. Besorgt macht ferner, dass bei Jugendlichen die Zahl der Tatverdächtigen um 9,5 % gestiegen ist.

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/erinnern-und-gedenken/kriminalstatistik-2023-2269324>

Siehe auch Flyer des Bundeskriminalamtes:

[https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/PolizeilicheKriminalstatistik/](https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/PolizeilicheKriminalstatistik/PKS2023/FachlicheBroschueren/fachlicheBroschueren_node.html)
[PKS2023/FachlicheBroschueren/fachlicheBroschueren_node.html](https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/PolizeilicheKriminalstatistik/PKS2023/FachlicheBroschueren/fachlicheBroschueren_node.html)

Die Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik für das Jahr 2023

Gemeinsam mit dem brandenburgischen Innenminister und aktuellem Vorsitzenden der Innenministerkonferenz, Michael Stübgen, und dem Präsidenten des Bundeskriminalamts, Holger Münch, stellte Innenministerin Faeser am 9. April 2024 die PKS vor. Schon vorher waren erste Zahlen durchgestochen wurden. So titelte die Bildzeitung zwei Tage vor der offiziellen Präsentation:

„Über 40 Prozent der Verdächtigen sind Ausländer - Deutlicher Anstieg bei Raub und Messer-Angriffen“.

<https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/brisante-polizei-statistik-fast-jeder-zweite-tatverdaechtige-ist-auslaender-87774356.bild.html>

Die taz beklagte:

„Die Kriminalstatistik ist noch gar nicht veröffentlicht, da starten rechte Medien schon eine Migrationsdebatte. Dabei geben die Zahlen dazu keinen Anlass“.

<https://taz.de/Polizeiliche-Kriminalstatistik-2023/!6000508/>

In ihrer Präsentation der PKS betonte Bundesinnenministerin Nancy Faeser:

„Es gibt soziale Ursachen, aber es gibt niemals eine Rechtfertigung für Gewalt. Hier gilt für mich der Grundsatz: null Toleranz“.

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/erinnern-und-gedenken/kriminalstatistik-2023-2269324>

Zudem forderte sie:

„Ausländische Täter müssen Deutschland deutlich schneller verlassen“.

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/erinnern-und-gedenken/kriminalstatistik-2023-2269324>

Susanne Gaschke von der Neuen Züricher Zeitung nannte die Haltung der Innenministerin „abwiegeln“ und „relativierend“ und spricht von einer „importierten Kriminalität“, an der eine planlose Einwanderungspolitik mit schuld sei:

„Von 2,2 Millionen Tatverdächtigen des Jahres 2023 hatten 923 000 keinen deutschen Pass. Das sind mehr als 40 Prozent. Der Anteil der Nichtdeutschen an der Gesamtbevölkerung beträgt aber nur 15 Prozent. Das heisst: Deutschland importiert Kriminalität im grossen Stil. Doppelstaatler und neu Eingebürgerte sind hier noch nicht einmal mitgerechnet“.

<https://www.nzz.ch/der-andere-blick/kriminalstatistik-2023-deutschland-importiert-kriminalitaet-im-grossen-stil-ld.1825431>

Dieses Kriminalitätsproblem, so ihr Kollege Alexander Kissler, schrecke auch qualifizierte Zuwanderer ab.

<https://www.nzz.ch/meinung/der-andere-blick/deutschland-die-zunehmende-kriminalitaet-ist-ein-problem-ld.1732605>

Kontroversen um die PKS allgemein und deren Interpretationen

Kritische Positionen beziehen sich nicht nur auf Aspekte, die die PKS aufgreift oder herausfindet, sondern auch an deren Struktur und Darstellungsweise. In einem Interview mit der ZEIT bezieht auch Kriminologe Tobias Singelstein zu dieser Thematik Stellung:

„Die PKS ist ein Tätigkeitsbericht der Polizei, mehr nicht. Darin werden einfach alle Verdachtsituationen erfasst, die der Polizei bekannt werden – in der Regel durch private Anzeigeerstattung. Die Statistik spiegelt nur das wider, was die Polizei sehen kann und erfassen will. Die PKS wird behandelt wie der Goldstandard der Kriminalitätsmessung. Sie ist aber nur der Blechstandard“.

<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2024-04/kriminalstatistik-kriminologie-tobias-singelstein-gewalt>

Manuel Bogner hebt die Grenzen der PKS hervor:

„Sie bildet nicht die Wirklichkeit ab. In ihr landet nur, was den Behörden bekannt wird – entweder durch eine Anzeige oder weil die Polizei kontrolliert. [...] Was die Bevölkerung anzeigt, ist aber sehr unterschiedlich. Das zeigt ein anderes, weniger beachtetes Papier des Bundeskriminalamts: die Studie Sicherheit und Kriminalität in Deutschland (Skid). In ihr hat die Polizei versucht, das sogenannte Dunkelfeld aufzuhellen, also jene Delikte, von denen die Polizei normalerweise gar nichts mitbekommt und die folglich nicht in der PKS landen. 46.000 Menschen wurden dafür befragt. Während immerhin 60 Prozent aller Wohnungseinbrüche angezeigt werden, tauchen andere Verbrechen nur bruchstückhaft in der PKS auf. Bei Sexualdelikten melden sich Betroffene nur in einem Prozent aller Fälle bei der Polizei. 99 Prozent der Taten fehlen in der Kriminalstatistik. Wer seriös über Kriminalität diskutieren will und politische Forderungen stellt, sollte auch diese Wahrheiten berücksichtigen“.

<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2024-04/polizeiliche-kriminalstatistik-interpretation-politik-straftaten>

Die Tagesschau ergänzt:

„Die PKS spiegelt nicht die Anzahl der in einem Jahr begangenen, sondern polizeilich ausermittelten Straftaten wider. Das heißt, dass die PKS jedes Jahr zahlreiche Fälle enthält, die sich bereits im Jahr zuvor oder noch früher zugetragen haben können. Auch eine Straftat, die nicht aufgeklärt werden konnte, weil kein Täter ermittelt wurde, findet Eingang in die PKS. Stellt sich dagegen im Laufe der polizeilichen Ermittlungen heraus, dass sich ein Tatverdacht nicht erhärten lässt, also gar keine Straftat vorliegt, so findet die Anzeige auch keinen Eingang in die PKS. Insgesamt werden nur ungefähr 30 Prozent aller Tatverdächtigen auch verurteilt. All diese Ergebnisse finden aber keinen Eingang mehr in die PKS. Sie lässt sich daher auch nicht mit Statistiken der Justiz abgleichen wie etwa mit der Strafverfolgungsstatistik des Statistischen Bundesamts“.

<https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/kriminalstatistik-faq-100.html>

Manuel Bogner arbeitet in der ZEIT kritisch auf:

„Das eine: Sie lässt sehr unterschiedliche Interpretationen zu. Das lässt sich zum Beispiel an den Tatverdächtigen und ihrer Herkunft zeigen. Diese unterteilt die Statistik in Deutsche und Nichtdeutsche. Bei den deutschen Tatverdächtigen misst die Polizei einen Anstieg um ein Prozent, bei den nicht deutschen einen Anstieg um 13,5 Prozent. Wenn man lediglich diese Zahlen nutzt, lässt sich die Aussage treffen, dass Ausländer krimineller geworden sind. Das haben etwa die Unionspolitiker Herbert Reul (CDU) oder Joachim Herrmann (CSU) getan. Sie leiten daraus einen Handlungsbedarf ab, der stark vereinfacht so lautet: Migration stoppen. Beide picken sich die Zahlen aus der PKS, die sie für ihre politische Botschaft benötigen. Das ist aber nur ein Teil der Wahrheit. Berücksichtigt man, dass die nicht deutsche Bevölkerung in den vergangenen Jahren stark gestiegen ist, so ergibt sich plötzlich kein Anstieg ausländischer Tatverdächtiger im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Bevölkerung mehr. Stattdessen ist die Zahl im Vergleich zum Vorjahr um 0,5 Prozent gesunken. Damit ließe sich eine andere Botschaft senden – wie es traditionell eher linke Politikerinnen und Politiker tun. Die dann aber wiederum nicht erwähnen: Auch wenn der Anteil sinkt, werden Ausländer laut Statistik nach wie vor häufiger straffällig als Deutsche“.

<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2024-04/polizeiliche-kriminalstatistik-interpretation-politik-straftaten>

Von einer grundsätzlich „problematischen Datengrundlage“ spricht der Kieler Kriminologe Martin Thüne. Die PKS sei „unvollständig, verzerrt, potenziell manipulierbar und ungewichtet“. So würden

„viele Taten von Tatverdächtigen erfasst, die gar nicht in Deutschland leben. Das sind reisende Tätergruppen, das sind Touristen, das sind Stationierungskräfte, das sind Pendler. Deswegen wird der Anteil an den Tätern immer größer sein als der Anteil an der Wohnbevölkerung. Darauf weisen übrigens auch die Polizeien selbst hin – das wird nur leider oft ignoriert“.

<https://www.fr.de/politik/kriminalstatistik-2023-faeser-experte-kriminologe-deutschland-nationalitaet-innere-sicherheit-92994860.html>

Heribert Prantl von der Süddeutschen Zeitung beruhigt:

„Die Kriminologen können auch das enorme Straftaten-Plus, das sich bei nicht deutschen Tatverdächtigen ergibt, verständlich erklären; es liegt bei 17,8 Prozent. Bei den nicht deutschen Jugendlichen liegt die Zunahme der polizeilich registrierten Straftaten bei spektakulären 31 Prozent. Die Kriminologen sind aber darüber nicht so aufgeregt wie die Öffentlichkeit. Sie weisen auf die simple Tatsache hin, dass die Zahl der Nichtdeutschen in Deutschland stark gestiegen ist. [...] Es lebten sehr viel mehr Menschen ohne deutschen Pass in Deutschland als 2021, also als zu Beginn des Ukraine-Kriegs und vor dem deutlichen Anstieg der Asylbewerberzahlen“.

<https://www.sueddeutsche.de/politik/prantls-blick-kriminalitaetsstatistik-faeser-1.6550393>

Folgen von Migration und Pandemie?

Aufgrund der Zahlen von Straftaten von Menschen mit Migrationshintergrund wurden verstärkt Positionen laut, die eine härtere Migrationspolitik fordern. Besondere Aufmerksamkeit fand ferner, dass laut PKS die Gewaltbereitschaft junger Leute gestiegen ist.

Die Tagesschau berichtet in diesem Kontext:

„Es gibt in der kriminologischen Forschung sehr konstante und belastbare Indikatoren für eine erhöhte Kriminalität: Erstens gibt es einen Kriminalitätsschwerpunkt in jüngeren Altersgruppen. Zweitens sind rund 75 Prozent aller Tatverdächtigen männlich. Drittens spielt die soziale Lage der Täter eine entscheidende Rolle: Je prekärer die soziale Lage, desto höher ist die Anfälligkeit für Kriminalität.“

Kriminologe Singelnstein ergänzt:

„Ob Menschen Straftaten begehen, hängt im Wesentlichen von Alter, Geschlecht und den sozialen Umständen ab, aber nicht vom Pass oder von der Staatsangehörigkeit“. [...]

Hinzu komme, dass „fremd gelesene Menschen“, häufig auch Nicht-Deutsche, besonders häufig kontrolliert würden. Auch das könnte sich in der Statistik niederschlagen. Bestimmte Delikte können zudem nur von Ausländern begangen werden, etwa Verstöße gegen das Aufenthaltsrecht und das Asylverfahrensgesetz sowie unerlaubte Einreisen“.

<https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/kriminalstatistik-faq-100.html>

Auch die ZEIT schreibt:

„Innenpolitik muss wirksame Mittel gegen Kriminalität finden. Auch gegen Kriminalität von ausländischen Staatsbürgern. Die vielfach geforderten Abschiebungen sind es aber nicht, weil sie sich in den meisten Fällen gar nicht umsetzen lassen. Was stattdessen wirkt, ist längst bekannt, aber mühselig und klingt weniger markig als Abschiebungen: bessere Betreuung, Kenntnis der deutschen Sprache, Arbeit. Das alles gilt auch für deutsche Staatsbürger. Nicht der Pass macht kriminell, sondern die Lebensbedingungen“.

<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2024-04/polizeiliche-kriminalitaetsstatistik-interpretation-politik-straftaten>

Der Kriminalitätssoziologie Dirk Baier führt im Interview mit WDR 5 Morgenecho (10.04.2024) aus, wir hätten in der Tat einen überproportionalen Anstieg

ausländischer Tatverdächtiger. Gleichzeitig betonte er, dieser Befund müsse differenziert werden,

„denn wir reden über eine sehr unterschiedliche, komplexe Gruppe, wenn wir über Ausländer reden. [...] Der Pass hat nichts mit Kriminalität zu tun. Wir könnten auch viel intensiver über die Geschlechterunterschiede sprechen. Männer haben ein weit höheres Risiko, Kriminalität zu begehen als beispielsweise Ausländer“.

<https://www1.wdr.de/mediathek/audio/wdr5/wdr5-morgenecho-interview/audio-kriminalstatistik-zerrbild-vermeiden-100.html>

„Des Weiteren ist zu beachten, dass die jungen Männer, die auch bei den Deutschen am häufigsten straffällig werden, in der ausländischen Bevölkerungsgruppe überproportional stark vertreten sind“.

https://www.bundesjustizamt.de/DE/Service/Justizstatistiken/Justizstatistiken_node.html#AnkerDokument44140

Dagegen fordert Reiner Burger in der Frankfurter Allgemeine eine Neubetrachtung der Migrationspolitik:

„Wer den Zusammenhang zwischen Einwanderung und Ausländerkriminalität leugnet, handelt wider besseres Wissen. Die Zahlen der Kriminalitätsstatistik sprechen eine eindeutige Sprache“.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/auslaenderkriminalitaet-gefahr-eindaemmen-um-sie-dann-zu-bannen-19640966.html>

Nicht zu vergessen: Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen

Die laut PKS gestiegene Gewaltbereitschaft junger Leute wird häufig mit der Corona-Pandemie in Zusammenhang gebracht. Die Bundeszentrale für politische Bildung schreibt:

„Laut Bundeskriminalamt (BKA) seien zentrale Faktoren u.a. wirtschaftliche und soziale Belastungen und eine höhere Zuwanderungsrate. Insbesondere Kinder und Jugendliche hätten zudem mit erhöhten psychischen Belastungen als Folge der Corona-Pandemie zu kämpfen“.

<https://www.bpb.de/kurz-knapp/taegliche-dosis-politik/547296/polizeiliche-kriminalstatistik-2023-vorgestellt/>

Die Tagesschau nennt als weiteren Faktor, dass im Jahre 2023 erstmals die Corona-Regelungen weggefallen seien, was zu einer höheren Mobilität und mithin zu Straftatgelegenheiten geführt haben könnte. Gerade Kinder und Jugendliche könnten aufgrund zuvor nicht bestehender Gelegenheiten Straftaten nachgeholt haben. Da sie durch die mit Pandemie verbundenen Einschränkungen besonders betroffen waren, könnte dies auch eine erhöhte Straffälligkeit verursacht haben.

<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/polizeiliche-kriminalstatistik-2023-100.html>

Die innere Sicherheit gewährleisten

Die politischen Parteien nahmen die Diskussion um die PKS zum Anlass, ihre Positionen zur inneren Sicherheit noch einmal zu verdeutlichen. Unionsfraktionsvize Andrea Lindholz sagt dazu, dass die notwendige Integration und Prävention zu ressourcenintensiv und nach heutigem Stand unrealistisch seien. Diese Punkte könnten für einzelne Personen in Betracht gezogen werden, bezogen auf die Gesamtbevölkerung sei Deutschland aber am Ende der eigenen Kapazitäten angekommen.

<https://www.tagesschau.de/inland/kriminalstatistik-140.html>

Mehrere Politiker von CDU und CSU sehen in der nicht-legalen Migration ein größeres werdendes Risiko für die Landessicherheit und fordern eine andere Asylpolitik, inklusive Migrationsobergrenze. Laut Mario Voigt, Spitzenkandidat der Thüringer CDU, sei die Statistik ein:

„Alarmsignal für die Ampel, das Thema innere Sicherheit nicht stiefmütterlich zu behandeln“

<https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/kriminalitaet-statistik-straftaten-gewalt-auslaender-reaktionen-kritik-100.html>

Peggy Schierenbeck von der SPD reagierte auf obige Aussagen Lindholz' (CDU) ablehnend. Sie warf der CDU vor, Angst in der Bevölkerung zu schüren. Nicht der ausländische Teil an sich sei ausschlaggebend, sondern die Dynamik der Migration und der Anstieg der Gesamtbevölkerung und der damit verbundene Teil von migrantischen Personen. Schierenbeck betonte zugleich, dass der Schutz der inneren Sicherheit „nach wie vor höchste Priorität“ habe. Es helfe aber nicht, die PKS-Zahlen in einen „falschen Kontext zu setzen“.

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw15-de-aktuelle-stunde-kriminalstatistik-997392>

Vasili Franco und Gollaleh Ahmadi, Grünen Innen- und Sicherheitspolitiker*innen, reagieren auf die PKS in einer Pressemitteilung der Berliner Fraktion mit einer Forderung nach Ursachen-, und nicht Symptombekämpfung. Prävention sei ausschlaggebend, vor allem im Hinblick auf die jüngere Bevölkerung.

<https://gruene-fraktion.berlin/pressemitteilungen/pks-gruene-fordern-ursachenforschung-und-praevention-statt-symptombekaempfung/>

Wolfgang Kubicki von der FDP empfindet die Statistik als besorgniserregend und betont die Relevanz einer kontrollierten Zuwanderung.

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-04/cdu-polizeiliche-kriminalstatistik-straftaten-migrationsobergrenze>

Die AfD sieht einmal mehr die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland durch das Versagen der Ampelkoalition gefährdet.

<https://www.tagesschau.de/inland/kriminalstatistik-140.html>

Zudem hat die Partei als Reaktion auf die PKS eine Kleine Anfrage an die Regierung gestellt, in welcher sie weitere Auskünfte über die Statistik fordert, vor allem in Bezug auf Migration und Staatsangehörigkeiten.

<https://dserv.bundestag.de/btd/20/109/2010962.pdf>

Alle Jahre wieder?

Die PKS hat nicht nur dieses Jahr Anlass für Diskussion gegeben. So schreibt Marlene Grunert in der Frankfurter Allgemeine beispielsweise bereits 2018:

„Jahr für Jahr sorgt die Kriminalstatistik für Aufregung – dabei ist ihr Gehalt beschränkt. Politiker fordern ein neues Instrument, um genaue Aussagen zur Entwicklung der Kriminalität im Land treffen zu können“.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/kriminalstatistik-nichts-genaues-weiss-man-nicht-15578705.html>

Wie eingangs gezeigt, dokumentiert die PKS das Ergebnis polizeilicher Ermittlungsarbeit. Nicht mehr und nicht weniger. Diese Tatsache gilt es zu beachten.